Rheder Volkszeitung

Amtsblatt des Landratsamtes Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Barra. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 354 | Freitag, den 21. Dezember | Jahrgang 1928

Hindenburgs Schreiben an Dr. Simons.

Der Reichspräsident teilt die Ansicht der Reichsregierung.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ Berlin, 20. Dezember.

Die Beschwerde des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons wegen des Eisenbahnkonflikts zwischen dem Reich und den drei Ländern Sachsen Baden und Württemberg ist inzwischen dem Reichspräsidenten zugegangen. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat der Reichspräsident, der übrigens für derartige Beschwerden gegen die Reichsregierung gar nicht zuständig ist, bereits dem Reichsgerichtspräsidenten seine persönliche Ansicht zu diesem Fall in einem Schreiben mitgeteilt, das zusammen mit einem Schreiben der Reichsregierung, die noch einmal die Darlegung ihres Standpunktes feststellt, heute nachmittag an ihn abgegangen ist. Die Meinung des Reichspräsidenten geht, wie weiter versichert wird, dahin, daß die Handlungsweise der Reichsregierung nach Ansicht des Reichspräsidenten durchaus korrekt war und daß sie nur dem Reichstag für ihre Maßnahmen verantwortlich sei. Im übrigen wird versichert, daß die Antwort des Reichspräsidenten einen rein persönlichen Charakter trage. Inzwischen ist übrigens auch, wie wir weiter erfahren, das Rücktrittsgesuch Dr. Simons' im Reichsjustizministerium eingetroffen. Eine Entscheidung der Reichsregierung hierüber dürfte jedoch erst zu erwarten sein, wenn Bemühungen persönlicher Art, durch die man ihn zur Zurückziehung seines Abschiedsgesuches zu veranlassen suchen wird, erfolglos bleiben sollten. Der Brief des Reichspräsidenten an Dr. Simons und die Mitteilung der Reichsregierung werden morgen veröffentlicht werden, wobei die Absicht mitspielt, daß der Reichsgerichtspräsident die ihm gemachten Eröffnungen unmittelbar und nicht erst durch Pressemeldungen erhält.

*

Eine Erklärung des Reichsgerichtspräsidenten.

:: Leipzig, 20. Dezember.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons gab heute nachmittag Vertretern der Presse gegenüber zu den in der heutigen Morgenpresse verbreiteten Nachrichten über sein Rücktrittsgesuch folgende Erklärung ab:

„Es ist richtig, daß ich unter dem 16. d. Mts. gleichzeitig mit der Eingabe, in der ich namens und im Auftrage des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich um Genugtuung für die Vereitelung des Termins vom 15. Dezember durch die Reichsregierung gebeten habe, um meine Verabschiedung eingekommen bin. Es geschah, weil ich die Verantwortung dafür trage, daß nicht alsbald nach dem Eingang des Antrages Badens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen Offenhaltung der zum 1. Januar 1929 freiwerdenden Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, ich als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes, wozu ich nach meiner Auslegung seiner Geschäftsordnung befugt war, eine entsprechende Verfügung erlassen habe. Die Reichsregierung gewann dadurch die Frist, die sie benutzt hat, um die Stellen zu besetzen. Ich habe die Verfügung unterlassen, weil das Reich gegen eine solche Verwahrung eingelegt und gleichzeitig gebeten hatte, noch im Laufe dieses Monats zur Sache selbst zu entscheiden, da die Entscheidung dringlich sei, und weil ich es vorzog, den schwerwiegenden Schritt der Untersagung eines Hoheitsaktes der Reichsregierung dem Staatsgerichtshof selbst vorzubehalten. Obwohl bei der schwerfälligen Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die ich gebunden bin, bis dahin die Sache noch nicht entscheidungsreif gemacht werden konnte, habe ich den Termin auf den 15. Dezember angesetzt und alle Beteiligten veranlaßt, auf die Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen zu verzichten. Diesen Verzicht hat auch die Reichsregierung ausgesprochen, ohne mir mitzuteilen, daß sie ihre Entscheidung schon vor dem 15. Dezember treffen müsse. Die Tatsache der Ernennungen ist mir vielmehr erst nachträglich am 14. Dezember telegraphisch und telephonisch mitgeteilt worden. Meine Hoffnung, im Termin des 15. Dezember eine sachliche Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, wurde dadurch und durch die Ablehnung einer Mitteilung der Gründe des Vorgehens der Reichsregierung unmöglich gemacht.

Der Staatsgerichtshof hat einstimmig in diesem Verfahren eine schwere Kränkung erblickt und den bekannten Beschluß gefaßt. Da meine Geschäftsleitung diese Lage mit veranlaßt hat, habe ich daraus die Folgerung gezogen, von dem Vorsitz zurückzutreten. Nach dem Gesetz ist aber der Vorsitz im Staatsgerichtshof von der Stellung des Präsidenten des Reichsgerichts untrennbar. Infolgedessen mußte ich auch mein Hauptamt niederlegen. Uebrigens kann eine Schädigung des Ansehens des Staatsgerichtshofes auch für das Reichsgericht nicht gleichgültig sein."

Präsident Dr. Simons fügte hinzu, er werde die Entscheidung des Reichspräsidenten abwarten, von der sein ferneres Verbleiben im Amt abhängig sein werde.

*

Reichsverkehrsminister von Guérard über den Reichsbahnkonflikt.

:: Dresden, 20. Dezember.

Reichsverkehrsminister v. Guérard hat sich gegenüber dem „Dresdener Anzeiger" über den Reichsbahnkonflikt ausgesprochen. Sollte ein Urteil des Staatsgerichtshofes zu ungunsten der Reichsregierung kommen, sagt der Minister, so würde sie sich ihre weiteren Maßnahmen vorbehalten müssen. Unter Umständen müsse die Dawesgesetzgebung entsprechend geändert werden, um zu vermeiden, daß ein Zustand eintrete, in dem die Stimmen der Reichsregierung im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht mehr ausreichend zur Geltung kommen.

Ueber die prozessuale Seite des Konflikts erklärte der Minister, wenn der Staatsgerichtshof behaupte, daß das Reich sich durch die Ernennungen formal ins Unrecht gesetzt habe, werde das von der Reichsregierung energisch zurückgewiesen und demgegenüber betont, daß der Staatsgerichtshof nicht das Recht habe, einer der streitenden Parteien die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verwehren. Jedenfalls weise die Reichsregierung den Vorwurf weit von sich, daß sie sich irgendeine Verfehlung in prozessualer Hinsicht habe zuschulden kommen lassen.

Dem Reichsgerichtspräsidenten sei noch am 14. 12. die vollzogene Ernennung der neuen Mitglieder des Verwaltungsrates telephonisch mitgeteilt worden. Dr. Simons habe am Telephon gesagt, daß er nun versuchen werde, am nächsten Tage in die Hauptverhandlung einzutreten, ohne daß er in diesem Gespräch nach den Gründen der Reichsregierung für diese Ernennung gefragt hätte. Die politischen Gründe seien in dieser Angelegenheit das ausschlaggebende Moment. Es komme jetzt vor allem darauf an, mit dem Treuhänder eine Verständigung über dasjenige neu zu ernennende Mitglied des Verwaltungsrates zu treffen, das aus der Gruppe der deutschen Mitglieder, die der Treuhänder ernennt, auszulosen sei. Der Treuhänder habe zugesagt, daß fünf von den neun von ihm zu ernennenden Mitgliedern Deutsche sein sollen. Ein Zwang zur Einhaltung dieser Zusage bestehe jedoch nicht. Infolgedessen sei die Notwendigkeit einer Verständigung gegeben, die wiederum die Berücksichtigung gewisser Wünsche des Treuhänders erforderlich mache.

Wie man mit dem Etatsrecht des Reichstages umspringt.

„Unabweisbare Bedürfnisse".

Von parlamentarischer Seite schreibt man uns:

Die Reichsregierung darf nach der Haushaltordnung Ausgaben nur insoweit leisten, als Mittel im Haushaltplan zur Verfügung gestellt sind. Tauchen Notwendigkeiten auf Mehrausgaben auf, so muß sie diese in einem Nachtragshaushalt anfordern. Nur wenn der Bedarf so dringend ist, daß der letztere Weg nicht gangbar ist, darf sie auf eigene Verantwortung handeln — aber nur ausnahmsweise „im Falle eines unabweisbaren Bedürfnisses." Nach den Etatgesetzen der letzten Jahre muß die Regierung dem Reichstag von solchen Ausgaben, wenn sie den Betrag von 10 000 Mark übersteigen, vierteljährlich Nachricht geben.

Diese Uebersichten sind nicht ganz uninteressant. Im 1 Vierteljahr 1928 wurden auf diesem Wege 4,6 Millionen ausgegeben, im 2. Vierteljahr 33 Millionen. Welche „unabweisbaren Bedürfnisse" sind nun da z. B. aufgetreten? Die 25. Konferenz der interparlamentarischen Union, also der Vereinigung der Parlamentarier aller Länder, fand im August ds. Js. in Berlin statt. Die Reichsregierung gab der deutschen Gruppe zur Bestreitung ihrer Kosten einen Zuschuß von 200 000 Mark. Die Regierung selbst gab einen Tee und ein Festessen, was zusammen 40 000 Mark Ausgaben verursachte — „unabweisbares Bedürfnis". Der Besuch des afghanischen Königs Ammanullah scheint außerordentlich viel Geld gekostet zu haben. Im Etat 1927 hatte das Auswärtige Amt schon eine Ueberschreitung seiner außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 386 000 Mark, von der es sagte, daß sie insbesondere anläßlich des Besuches des Königs Ammanullah entstanden sei. Jetzt werden noch einmal 217 500 Mark als Restkosten angefordert. Gekrönte Häupter zu empfangen, scheint auch für die Republik eine teure Sache zu sein. Dabei hat der afghanische König offenbar jetzt nicht sonderlich viel Muße, an jenen kostspieligen Empfang in Berlin zurückzudenken. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte während seiner Krankheit im Sommer ds. Js. einen neuen Kraftwagen notwendig; Kostenpunkt 23 800 Mark.

Eine originelle Anforderung in Höhe von 30 000 Mark befindet sich sodann beim Reichswehrministerium. Dieser Betrag ist noch zu zahlen für den Bau von Gebäuden für das Reiterregiment in Züllichau. Originell deshalb, weil alsbald nach der Fertigstellung dieser Gebäude das Reiterregiment von Züllichau wegverlegt wurde! „Unabweisbares Bedürfnis".

Eine besondere Auffassung von dem Budgetrecht des Reichstages scheint man im Reichsverkehrsministerium zu haben. In dem Etat gerade dieses Ministeriums wurden z. Zt. besonders große Kürzungen vorgenommen, um den Gesamthaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Das scheint im Ministerium nicht allüberall Beifall gefunden zu haben. Man hat nun diese Abstrichpolitik des Reichstages dadurch illusorisch gemacht, daß man in den Sommerferien des Parlaments die Etatansätze einfach von sich aus wieder erhöht hat und außer- und überplanmäßige Ausgaben von rund 5 Millionen ausführte. Der Reichstag mag nun hinterher mit seiner Kritik einsetzen; das Geld ist ausgegeben. Daß das Deutsche Reich auch bei der so jämmerlich verunglückten Polarexpedition des italienischen Generals Nobile finanziell engagiert war, erfahren wir jetzt auch. „Aus Gründen internationaler Höflichkeit" wurden für die Zwischenlandung in Deutschland eine Luftschiffhalle und sonstige Anlagen auf Kosten der Reichskasse zur Verfügung gestellt; Aufwand 12 000 Mark.

Ein Posten von 9,2 Millionen Zuzahlungen für Reparationskohlen- und Brikettlieferungen an das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat bedarf noch eingehender Aufklärung. Ganz klar liegt dagegen eine Ausgabe von 5,1 Millionen, die das Reich als Zuschuß für die Arbeiterlöhne usw. der Schichauwerft in Danzig vom 1. Oktober bis 15. November bezahlt hat, um den Konkurs der Firma zu vermeiden. Die Frage über das Schicksal der Schichauwerft beschäftigt den Reichstag seit mehreren Wochen, ohne daß er bis jetzt zu einer Entscheidung gekommen wäre. Die Lage der Firma ist hoffnungslos und eine Rettungsaktion des Reiches ist, rein wirtschaftlich gesehen, nicht zu verantworten. Das Reich ist allerdings schon längere Zeit durch Hingabe eines Kredits von mehreren Millionen engagiert, es zahlt nun darüber hinaus aber seit 1. Oktober ds. Js. fortlaufend weitere Hunderttausende, um die sofortige Schließung der Werft hintanzuhalten. Daß der Reichstag vor seinem Auseinandergehen keine Entscheidung über die fernere Stellungnahme des Reiches getroffen hat, kostet den deutschen Steuerzahler jetzt weitere Millionen, denn die Zuschüsse zu den Lohnzahlungen laufen zunächst weiter.

Doch wir wollen mit der Aufzählung der „unabweisbaren Bedürfnisse" Schluß machen. Bei manchen dieser Bedürfnisse scheint uns das „Unabweisbar" allerdings nicht über alle Zweifel erhaben zu sein. Ein auf sein Budgetrecht bedachter Reichsrat und Reichstag wird gerade hier aufmerksam nach dem rechten zu sehen haben, denn dieses wichtige Recht wird durch die Ausgabeleistungen, die den gesetzgeberischen Körperschaften erst nach ihrem Vollzug unterbreitet werden, einfach aufgehoben.

Ueberflüssig!

Von unserer Berliner Redaktion.

— Berlin, 20. Dezember.

Die Deutschnationalen haben wieder einmal geglaubt, mit Hinsicht auf die „nationale Opposition" etwas tun zu müssen. Bereits vor einiger Zeit kündigten sie an, daß sie in der Frage der Kriegsschuldlüge einen Vorstoß beabsichtigen. Nunmehr hat die deutschnationale Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Gefängnisstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für den Fall vorsieht, daß irgendjemand in irgendeiner Form behauptet, Deutschland habe den Weltkrieg absichtlich oder planmäßig herbeigeführt. Sofern ein Ausländer sich im Gebiete des Reiches aufhält und sich dieses Vergehens schuldig macht, soll er wie ein Deutscher bestraft und dazu ausgewiesen werden. Mit diesem Gesetzentwurf rennen die Deutschnationalen offene Türen ein. Es gibt wohl keinen Deutschen, der die durch das Versailler Diktat uns aufgezwungene Verantwortung für den Kriegsausbruch als Wahrheit auffaßt. Im ganzen deutschen Volk hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Deutschland nicht die Alleinschuld am Kriege hatte. Der deutschnationale Antrag ist somit überflüssig und außerdem mit Rücksicht auf das Ausland nicht ohne Gefahr. Bei vielen Persönlichkeiten des Auslandes hat sich schon seit langem die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß das im Versailler Vertrag ausgesprochene Schuldbekenntnis Deutschlands nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Deutschnationalen können durch ihren Gesetzentwurf auf diese immer weiter um sich greifende Erkenntnis nur störend einwirken. Das kümmert jedoch die Herren Hugenberg und Konsorten nicht, wenn es darum zu tun ist, ihren parteitaktischen und agitatorischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

Tagesfragen.

Der Reichsparteitag der Deutschen Zentrumspartei hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Reichstagsfraktion des Zentrums ersucht wird, unverzüglich die Initiative zu ergreifen, um die dringend notwendige Aenderung des Reichstagswahlrechtes herbeizuführen. Adam Stegerwald, der in seinem großen Referat auf dem Parteitag die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform erneut anerkannt hat, hat es am Sonntag darauf in Essen für richtig gehalten, einen guten Guß Wasser in den Wein der Hoffnung zu gießen, die man in weiten Kreisen der Zentrumswählerschaft an jene sehr bestimmte Weisung an die Reichstagsfraktion geknüpft hat. Außer ihm und Joos, sagte er da, sei keiner der aus dem Arbeiterstande stammenden Zentrumsabgeordneten für die Wahlrechtsreform und nach den Vorgängen in Köln glaube er nicht mehr daran, daß die Zentrumsfraktion im Reichstag bis auf weiteres zum Exponenten dieser Reform zusammenzubringen sei, weil die Arbeiterabgeordneten der Meinung seien, daß es den meisten Rufern im Streit darauf ankomme, die Abgeordneten aus dem Arbeiter- und Mittelstand sowie der Landwirtschaft auf ein Minimum zu beschränken. Wir zweifeln nicht daran, daß Stegerwald die Stimmung der Abgeordneten aus dem Arbeiterstand richtig wiedergibt, aber sie erscheint uns ganz und gar unbegründet. Denn wenn man schon einmal das berufsständische Moment als ausschlaggebend gelten lassen will, so wird, wenn es darüber im Einmannwahlkreise zu einer Machtprobe innerhalb der Zentrumspartei kommen sollte, entweder die Arbeiterschaft oder die Landwirtschaft den zahlenmäßig stärksten Teil der Wählerschaft darstellen. Keine Wahlkreisgeometrie wird das, soweit das Zentrum in Betracht kommt, verhindern können. Denn wo könnte es einen Wahlkreis geben, in dem etwa die Akademiker, die Beamten oder der Mittelstand an Zahl der Wählerschaft aus dem Arbeiterstande oder aus der Landwirtschaft gleich oder gar überlegen wären? Ueberall im Einmannwahlkreise würden bestimmt die Arbeiter im Zentrum, gestärkt durch ihren gewerkschaftlichen Zusammenhalt, ein gewichtiges, ja ausschlaggebendes Wort mitzureden haben. Ihre Stimmen würden sogar weit mehr Bedeutung als unter dem jetzigen System haben, wo ja nicht die Wählerschaft die wichtigste Entscheidung trifft, sondern ein mehr oder minder aus Interessenvertretern zusammengesetzter Kreis über die Vergebung der Mandate verfügt. Was aber die Landwirtschaft und den Mittelstand angeht, so vermißt man doch gerade in ihren Kreisen, daß für ihren engeren Bezirk kein Abgeordneter da ist, der nahe Fühlung mit diesem hält und aus örtlicher Kenntnis heraus für ihre Nöte besonderes Verständnis hat. Ob unter dem früheren Wahlrecht der Abgeordnete ein Bauer, ein Arbeiter oder ein Akademiker war, das war nebensächlich. Wesentlich war, daß jeder Wähler seinen Abgeordneten kannte und ihm als Persönlichkeit Vertrauen schenken konnte. Das Vertrauen in diesem Umfange besteht heute nicht mehr. Und darum kämpfen wir für die Wahlrechtsreform und hoffen wir, daß auch Stegerwald seinen früheren Standpunkt in dieser Hinsicht nicht verläßt, vielmehr auf die ihm berufsständisch besonders nahestehenden Abgeordneten einwirkt, daß sie der Forderung des Kölner Parteitages Rechnung tragen.

*

Wie der Familienvater sich mit den lieben Seinen herumschlagen muß, wenn sie sich nicht nach der Decke strecken oder von ihm für dieses und jenes Geld haben wollen, das er ihnen nicht bewilligen zu dürfen glaubt, weil er andere Ausgaben für notwendiger hält, so haben die Finanzminister, die zu sparsamer Haushaltung verpflichtet sind, ihre Last mit den verschiedenen Ressorts. Schon bei der Aufstellung des Etats muß der Minister, wenn sie mit ihren Forderungen herauskommen, bremsen, bremsen und immer wieder bremsen. Und ist dann schließlich der Etat von den gesetzgebenden Faktoren bewilligt, dann muß er vor den Nachforderungen auf der Hut sein, die er durch Vorlegung eines Nachtragsetats verantwortlich vertreten muß. Und schließlich kommen dann noch Ausgaben der Ressorts zur Befriedigung „unabweislicher Bedürfnisse", worüber an anderer Stelle von einem Reichstagsabgeordneten einiges gesagt wird. Die Finanzminister haben ihre Erfahrungen mit den Ressorts, und auch der frühere Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat offenbar manchen Aerger mit ihnen gehabt, sodaß wohl die Erinnerung daran ihn veranlaßt hat, sich die Denkschrift genauer anzusehen, die der Rechnungshof des Deutschen Reiches zur Reichshaushaltsrechnung des Jahres 1925 soeben dem Reichstag vorgelegt hat. Beispiele, die Köhler daraus in der „Badischen Zentrumskorrespondenz" veröffentlicht, beweisen leider, daß in manchen Reichsressorts von einer vorbildlich sparsamen Wirtschaft keine Rede sein kann. Man lese und staune:

Die vom Auswärtigen Amt aus Anlaß der Konferenz von Locarno geleisteten Ausgaben konnten bis jetzt nicht geprüft werden, da das Auswärtige Amt die erforderlichen Unterlagen bisher überhaupt nicht vorgelegt hat. Bei verschiedenen Aemtern der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete war es unmöglich, die Rechnungsprüfung vollständig fertigzustellen, da ein Teil der Rechnungsunterlagen wegen zahlreicher bei der Ausführung von Bauten

...ers
...erte
...ns=
...tel
...d von 48 ℳ an
...utel nur 115 ℳ
...und nur 60 ℳ
...und nur 65 ℳ
...ur 80 u. 39 ℳ
...und nur 70 ℳ
...d nur 2,20 ℳ
...fund nur 65 ℳ
...nd 70 u. 55 ℳ
...und nur 80 ℳ
...und nur 100 ℳ
...und nur 42 ℳ
...und nur 32 ℳ
...10 Stück 50 ℳ
...10 Stück 90 ℳ
...50, 35 u. 25 ℳ
...uur 85 u. 75 ℳ
...nur 50 ℳ
...und nur 25 ℳ
...30, 25 u. 20 ℳ
...und nur 180 ℳ
...3,60 nur 300 ℳ
...und nur 80 ℳ
...und nur 120 ℳ
...t gewähre auf
...serven
...batt.
...mberg
Nordstraße 29
...bitte die
...sstellung
Steiner
Seiten
8.
Ihnen alles.
...schenkseiten!
...ehnete Hustenmittel.
...g ärzendste Beweis
...keit, Katarrh, aber
...tungen ist es das
40 Jahren. 9703k
Dose 80 Pfg.
...als Jungschoß)
...er's
...nellen
...nen

und Lieferungen vorgekommener Fälle von Betrug, Urkundenfälschung und Bestechung gerichtlich beschlagnahmt waren und noch nicht freigegeben sind! Die Schädigungen des Reiches sind zum Teil außerordentlich hoch. Bei der Prüfung der Rechnung des Reichsvermögensamtes Krefeld wurde allein eine Ueberzahlung an ein Wäschereiunternehmen in Höhe von 200000 Reichsmark festgestellt! Die Rechnungen der besetzten Städte für auf Kosten des Reiches erstellte Bauten weisen nach Angaben des Rechnungshofes außerordentlich große Mängel auf und lassen in den meisten Fällen überhaupt keine ordnungsgemäße Prüfung zu. Beim Reichskommissar für die Ablösung der Markanleihen wurde eine Kartei mit einem Aufwand von 1½ Millionen eingerichtet, deren Zweckmäßigkeit sehr stark bestritten wurde. Der gewöhnliche Bürger wird der Meinung sein, daß die Gesandtschaften und Konsulate, die wir im Ausland mit guter Besetzung und mit sehr großem Kostenaufwand unterhalten, recht wohl allüberall hätten zur Entgegennahme und Prüfung der Anträge in dem Anleihe-Ablösungsverfahren verwandt werden können. Doch dieser gesunde Gedanke scheiterte an der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes. So wurde für verschiedene Länder z. B. ein im Ruhestand befindlicher Regierungspräsident auf Privatdienstvertrag als Sonderkommissar angestellt unter Gewährung von Bezügen, die seine Bezüge als aktiver Beamter erheblich überstiegen und fast das Doppelte der Besoldung des deutschen Generalkonsuls in dem betreffenden Lande betragen haben. Höhepunkt auf diesem Gebiete bildet aber die Regelung dieser Angelegenheit für Spanien. Sie mutet wirklich „spanisch" an. Das Auswärtige Amt verlangte, daß für Spanien ein Sonderkommissar bestellt werde, obwohl von vorneherein bekannt war, daß in diesem Lande nicht viele Anmeldungen erfolgen würden. Der frühere deutsche Gesandte in Brasilien war für diese schwere Arbeit ausersehen. Er reiste Mitte November 1925 mit zwei Hilfskräften nach Madrid und verblieb dort zur Bearbeitung von im ganzen 62 Ablösungs-Anträgen nicht weniger als 5½ Monate. Für diese gewiß sehr aufreibende Arbeit erhielt er selbst das Gehalt eines ledigen Gesandten 1. Klasse mit 3500 Mark monatlich, während seine in Deutschland zurückgebliebene Familie eine Entschädigung in Höhe von vier Fünfteln seines Inlandsgehaltes zugewiesen bekam. Jedes Wort der Kritik würde diese unglaubliche Verschwendung von Reichsgeldern abschwächen. Der ganzen Wirtschaft setzten jedoch die Krone auf die Feststellungen, die der Rechnungshof auf dem Gebiete der Reparationslieferungen gemacht hat. Festgestellt wurde, daß infolge ungenügender Kontrolle in mehreren tausend Fällen Doppelzahlungen und Ueberzahlungen bei der vom Reich an die deutschen Exporteure zu ersetzenden 26prozentigen Sanktionsabgabe an England erfolgt sind. Ganz toll aber muß es bei der Feststellungsbehörde in Aachen zugegangen sein, die während des passiven Widerstandes nach Köln verlegt worden war und dort bis Mitte 1924 verblieb. Eine geordnete Buchführung gab es da überhaupt nicht, vorschriftsmäßige Zahlungsanweisungen waren nur in einzelnen Ausnahmefällen vorhanden. Als Unterlagen für viele Ausgaben fanden sich nur Zettel vor, aus denen weder Datum noch sonst irgend etwas hervorging. Eine Sache für sich bildet der Geldverkehr dieser Zweigstelle mit den Banken. Die Guthaben des Reiches bei allen beteiligten Banken überstiegen fast ständig den wirklichen Zahlungsbedarf. Diesen Umstand nützte eine Bank für sich dadurch aus, daß sie mit den verfügbaren Reichsgeldern private Effektengeschäfte machte, und zwar unter Gewinnbeteiligung der leitenden Beamten der Zweigstelle! Die Bank ist in Konkurs geraten; die Forderung des Reiches beträgt fast 400 000 Mark, die nur zu einem ganz geringen Teil befriedigt werden kann! Eine andere Bankfirma schuldete ebenfalls aus dem Geschäftsverkehr mit dieser famosen Feststellungsbehörde dem Reiche 260 000 Mark. Auch diese Firma ist nicht in der Lage, die ganze Schuld zurückzuzahlen.

Dr. Köhler führt noch zahlreiche andere solcher Fälle von Leichtsinn und Gewissenlosigkeit an. Sie alle zeigen, wie unverantwortlich an verschiedenen Stellen gewirtschaftet worden ist. Hoffentlich greift der Reichstag hier mit aller Rücksichtslosigkeit zu. Man muß bei allen Reichsstellen endlich wissen, daß der Reichstag nicht nur ein Bewilligungs-, sondern auch ein Kontrollrecht hat.

★

Nach Nachrichten aus Rom scheint man dort zur Zeit wieder einmal gewisse Hoffnungen für eine Lösung der römischen Frage zu haben. Der faschistischen Regierung nahestehende Journalisten behaupten, Mussolini habe den ernstlichen Willen, im neuen Jahre mit dem Heiligen Stuhl zu einer Einigung zu kommen. Sie wissen auch schon Einzelheiten darüber zu berichten, die das Angebot der Regierung enthalten soll. Dem Vatikan würde zunächst das Eigentum der ihm im Garantiegesetz bisher nur zur Nutznießung überlassenen vatikanischen Gebäude einschließlich der Peterskirche zugesprochen werden. Der Boden, auf dem dieser Gebäudekomplex steht, beginnend vom Petersplatz und über den jetzigen vatikanischen Mauerkreis hinaus bis auf die umliegenden Höhen, die der Vatikan vor längerer Zeit käuflich erworben habe, einschließlich auch der Vorortstation von St. Peter, würde das souveräne Territorium des Vatikan-Staates bilden, groß genug, um gemäß der Forderung des Vatikans dort die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter und Gesandten und einen Zentralsitz der Kongregationen unterzubringen. Handelt es sich diesmal wirklich um mehr als ein Gerücht? Man wird das abwarten müssen. Sicher ist, daß Mussolini und seine Regierung allein imstande wären, dem Vatikan um den Preis der Aussöhnung Konzessionen zu machen, die keine andere Regierung auf dem parlamentarischen Wege durchdrücken könnte. Und es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß den Duce das Wort Crispis reizt, nach dem der Politiker, dem der Friedensschluß mit dem Vatikan gelingen würde, als der größte Staatsmann Italiens anzusehen sein würde. In hohen kirchlichen Kreisen hat man, wie der römische Korrespondent der „Kölnischen Volkszeitung" bemerkt, das neue Gerücht wohlwollend registriert. Es wäre in der Tat erfreulich, wenn es jetzt endlich einmal zu ernstlichen Verhandlungen käme und dadurch das Gerücht Bestätigung fände.

Die Raumfrage im Reichswehrministerium.

● **Berlin,** 20. Dez. Seit einigen Tagen beschäftigen sich verschiedene Zeitungen mit Bauplänen des Reichswehrministeriums, bei denen ein Terrain hinter dem bereits bestehenden Bau des Reichswehrministeriums in der Bendlerstraße, dem früheren Reichsmarineamt in Betracht kommt. Wie wir dazu erfahren, ist ein Teil der Diensträume des Reichswehrministeriums z. Zt. noch im alten preußischen Kriegswehrministerium Leipziger- Ecke Wilhelmstraße untergebracht. Die Preußische Verwaltung legt aber Wert darauf, möglichst bald in den Besitz der in diesem Gebäude noch für Reichswehrzwecke belegten Räume zu kommen. Das Reichswehrministerium wird deshalb früher oder später für einen Neubau sorgen müssen. Nach den den Blättern zuteil gewordenen Auskünften wird die Angelegenheit aber nicht als so drängend behandelt, wie die erste Nachricht es darstellte.

Die Jahresberichte der Daweskommissare und Treuhänder.

Optimistische Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage.

Berlin, 20. Dezember.

Heute wurden die üblichen Jahresberichte der auf Grund des Dawesplanes eingesetzten Kommissare und Treuhänder an die Reparationskommission, die sich im wesentlichen mit dem 31. August 1928 zu Ende gegangenen vierten Reparationsjahr beschäftigen, veröffentlicht.

Der Kommissar bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft

stellt in seinem Bericht fest, daß die Gesellschaft ihre Reparationszahlungen pünktlich besorgt hat. Zu den 660 Millionen Goldmark, mit denen im vierten Dawesjahr der Gesamtbetrag der Normaljahresleistungen für Zinsen und Tilgung der Reparationsschuldverschreibungen erreicht wurde, sind noch 290 Millionen aus den Einnahmen an Beförderungssteuer hinzugekommen. Die Mehreinnahme aus dieser Steuer ist in Höhe von rund 24 Millionen dem Reiche zugeflossen. Der Bericht stellt fest, daß sich der Eisenbahnverkehr im Jahre 1927 entsprechend der Belebung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit sehr günstig gestaltete, daß aber die Erhöhung der Betriebsausgaben über die der Einnahmen hinausgehen, sodaß eine Tariferhöhung nicht zu umgehen war. Diese Tariferhöhung, so führt der Reichsbahnkommissar aus, wird anscheinend keinen ernstlichen Einfluß auf die Verkehrsentwicklung ausüben. Im übrigen liegt Grund zu der Annahme vor, daß die Gesellschaft bei Durchführung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik, wie das Reichsbahngericht sie empfiehlt,

in den nächsten Jahren ihre Ausgaben decken kann, ohne erneut zu dem Mittel einer Tariferhöhung greifen zu müssen.

Bedingung hierfür ist allerdings, daß nicht neue und unvorhergesehene Lasten auferlegt werden oder Einnahmeausfälle durch ungerechtfertigte Tarifermäßigungen entstehen. Der Reichsbahnkommissar hält die Lage der Reichsbahn im ganzen genommen nicht für ungünstig. Nach seiner Auffassung ist sie trotz ihrer schweren Belastung durch Pensionen, die abgebauten Beamten gewährt werden mußten, und bei Berücksichtigung der sonstigen Betriebsbedingungen den ausländischen Bahnen gegenüber nicht im Nachteil. Der Reichsbahnkommissar beschäftigt sich eingehend mit der Kritik, daß die Ausgaben der Reichsbahn für Erneuerung und ihre Tilgungen unzureichend seien. Er kommt nach einem Vergleich mit den Eisenbahnen der Nachbarländer zu dem Ergebnis,

daß die Reichsbahn die Erneuerung ihrer Einrichtungen auf wenigstens ebenso befriedigende Art sicherstellt, wie die ihr benachbarten Eisenbahnen.

Die Abschreibungen, die das Reichsbahngericht für erforderlich hält, erscheinen dem Reichsbahnkommissar ebenfalls im Vergleich mit anderen großen Eisenbahnverwaltungen übermäßig hoch. Das Ergebnis der ersten neun Monate des Geschäftsjahres 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 1,3 Millionen ab. Die Gesellschaft rechnet damit, daß die Betriebsrechnung für das ganze Geschäftsjahr gerade ausgeglichen sei oder höchstens einen Fehlbetrag von etwa 20 Millionen aufweisen wird.

Der Treuhänder für die deutschen Eisenbahnobligationen

gibt in seinem Bericht wesentliche Punkte über die Einigung der beteiligten Parteien hinsichtlich der Tilgung der 11 Milliarden Schuldverschreibungen im Laufe von 37 Jahren bekannt. Außerdem bezieht er sich auf seine Ausführung vom Juni ds. Js., worin er die Ausführungen eines genauen und endgültigen Finanzprogramms für die Reichsbahngesellschaft forderte. Aus der daraufhin von der Generaldirektion der Gesellschaft ausgearbeiteten Denkschrift über die Beträge, die im Laufe der nächsten acht Jahre unbedingt verausgabt werden müssen, hebt der Treuhänder hervor, daß die Generaldirektion zu der Annahme gelangt ist, es werde im Jahre 1929 wahrscheinlich möglich sein, 113 Millionen Anlagezuwachs aus Betriebseinnahmen zu decken

Der Bericht des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen,

der sich auf die letzten fünf Monate des vierten Zahlungsjahres bezieht, teilt mit, daß im Juni 1928 der Reservefonds in Höhe von 100 Millionen Goldmark durch eine Schlußzahlung voll aufgefüllt wurde und die Ueberweisungen an den Reparationsagenten pünktlich erfolgen konnten. Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Einnahmequellen wird ausgeführt, daß das Absinken des Zollaufkommens für das gesamte Jahr einem Ueberschuß des Aufkommens aus den anderen Einnahmequellen die Wage halten würde.

Der Kommissar bei der Reichsbank

sagt in den Schlußbetrachtungen seines Berichts für die Zeit vom 1. September 1927 bis 31. August 1928 u. a.: Beim Vergleich der jetzigen Lage mit der vor vier Jahren ist

ein sehr großer Fortschritt zu konstatieren,

sowohl hinsichtlich der Entwicklung des Wirtschaftslebens im allgemeinen, als in der Lage der Reichsbank im besonderen. Weniger günstig als im übrigen Wirtschaftsleben — obschon hier und da eine Besserung festgestellt werden kann — bleibt die Lage in der Landwirtschaft, wo die Möglichkeiten, den hohen Zinsfuß innerhalb der Betriebe selber zu kompensieren oder aber die hohen Zinslasten auf den Konsumenten abzuwälzen, bedeutend geringer sind. Ein besonderer Faktor ist der demnächst zu erwartende Rückgang des Angebots von neuen Arbeitskräften, der eine Folge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre sein wird. Die Zahl der Kinder, die in den Jahren 1922 bis einschließlich 1925 schulpflichtig wurden, blieb durchschnittlich unter 700 000, d. h. nur wenig mehr als die Hälfte der Zahl aus den früheren Jahren. Davon wird auch der Wohnungsmarkt in einer späteren Periode beeinflußt werden. Wie immer sich die Zukunft entwickeln mag, sicher ist, daß

die Gegenwart noch gänzlich unter dem Druck des augenblicklichen ernsten Kapitaldefizits

steht. Demgegenüber ist es eine glückliche Erscheinung, daß die Position der Reichsbank sich fortwährend wieder hat festigen können und jetzt kräftiger ist als in irgendeinem anderen Zeitpunkt der letzten vier Jahre.

Der Bericht des Treuhänders für deutsche Industrieobligationen

über die Zeit vom 1. September 1927 bis zum 31. Aug. 1928 gibt ein Darstellung über die zur Durchführung des Industriebelastungsgesetzes getroffenen Maßnahmen und bringt ferner einige Mitteilungen über die Entwicklung der industriebelasteten Unternehmungen und über die industrielle Produktion im allgemeinen. Zusammenfassend wird festgestellt, daß sich

der Wiederaufstieg der industriellen Produktion in der Periode 1926/27 im Berichtsjahr 1927/28 gehalten

habe. Man könne daraus schließen, daß die deutsche Industrie einen zufriedenstellenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte und im ganzen den bereits erreichten hohen Stand sich erhalten hat. Diese Feststellung finde eine weitere Stütze einmal in der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in der fraglichen Periode prozentual geringer war, als diejenige in der Periode 1926/27, ferner in der Steigerung des Exports von Fertigfabrikaten. Außerdem ließen die bisher für das Geschäftsjahr 1927/28 veröffentlichten Bilanzen erkennen, daß die zu Tage getretene Steigerung der erzielten Gewinne der industriellen Unternehmungen sich in diesem Jahre werden aufrechterhalten können.

Die Landwirtschaft an der Jahreswende.

Der Reichsernährungsminister über die Agrarkrise.

:: **Berlin,** 20. Dezember.

Im landwirtschaftlichen Rundfunk der Deutschen Welle sprach heute abend der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, über die Lage der Landwirtschaft an der Jahreswende. Der Minister führte u. a. aus:

Die deutsche Agrarkrise ist nur ein Teil der internationalen Agrarkrise und kann nur im Zusammenhang mit dieser verstanden werden. Die Grundursache ist das Mißverhältnis zwischen den Preisen, die der Landwirt für seine Erzeugnisse bekommt, und den Preisen, die er für seine Betriebsmittel und Bedarfsartikel anlegen muß. Dazu kommt, daß der Weg vom Produzenten zum Konsumenten teurer geworden ist, nicht zum wenigsten auch durch die hohen Steuern und die verteuerten Frachten — alles Folgen des verlorenen Krieges — und daß die ungeheuren Kredite, die die Landwirtschaft im vergangenen Jahre in Anspruch genommen hat, bei uns in Deutschland zu Zinssätzen gegeben sind, die der Landwirtschaft unmöglich aus seinem Betrieb herauswirtschaften kann. Die Agrarkrise ist nicht eine Angelegenheit, die lediglich die Landwirtschaft angeht, sie bedeutet vielmehr in ihren Auswirkungen eine unübersehbare Gefahr für das gesamte deutsche Volk und seine Wirtschaft. Ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion um 20 Prozent würde bedeuten, daß das deutsche Volk zwei bis drei Milliarden Reichsmark jährlich weniger zu verbrauchen hätte. Hinzu kommen die bedenklichen Folgen für die Handelsbilanz, die Gefahr der Proletarisierung und das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Enge Zusammenarbeit aller schaffenden Stände unseres Volkes ist notwendig.

Der Minister ging dann im einzelnen auf die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft ein und sagte hierzu: Aus den bisher vorliegenden Unterlagen geht hervor, daß wir mit unserer Brotversorgung im laufenden Wirtschaftsjahre weit unabhängiger sein werden als in den beiden zurückliegenden Jahren. Die Kartoffelernte kann wohl als gut bezeichnet werden. Trotz dieser Lage der Dinge will die Stimmung auf dem Lande nicht zuversichtlicher werden. Wir haben die gefährliche Erscheinung zu verzeichnen, daß die Landwirtschaft für Getreide und Vieh Preise bekommt, die im wesentlichen den Vorkriegssätzen entsprechen, während sie auf der anderen Seite naturgemäß für ihre Bedarfsartikel, ihre Betriebsmittel und Löhne rund das Einein-halbfache aufzuwenden hat, für Spezialfälle aber, Steuern und Abgaben ein Mehrfaches. Hierbei muß betont werden, daß das Reich nennenswerte Steuern von der Landwirtschaft nicht mehr erhebt. Sehr schwierig ist die Kreditlage. Die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft ohne die Rentenbankgrundschuld (2 Milliarden Mark), wird auf 11,5 Milliarden Reichsmark geschätzt, die Zinsenlast beträgt über 1 Milliarde Reichsmark im Jahre. Ein Zwangseingriff durch Regierungsmaßnahmen würde die Lage, was wir endlich aus der Zwangswirtschaft her wissen sollten, nicht verbessern, sondern verschlechtern. Richtig ist, daß das Geld auf dem Wege vom ersten Geldgeber bis zum letzten Geldnehmer zu stark verteuert wird. Eine Besserung kann vielleicht, soweit genossenschaftliche Kassen infrage kommen, erreicht werden, wenn die schon seit langem in Gang befindliche Rationalisierung und Reorganisierung des Genossenschaftswesens zustandekommt.

Ich glaube, daß wir uns dem Höhepunkt der Krise nähern, daß wir im Begriffe sind, über den ungeheuren Berg hinüberzusteigen, der sich vor der deutschen Landwirtschaft aufgetürmt hat. Mit gesetzgeberischen und zöllnerischen Maßnahmen sind Agrarkrisen allein nicht zu beheben. Sie sind überhaupt nicht von heute auf morgen zu beseitigen. Der Wille, soweit die Mittel und Möglichkeiten des Staates ausreichen, hier zu helfen, ist vorhanden; er muß ergänzt werden durch den Willen der Landwirtschaft, sich selbst zu helfen.

Vor der Verkündung des Severingschen Schiedsspruches.

)(**Dortmund,** 20. Dez. Die gemeinsame Zusammenkunft der Arbeitgebervertreter der Nordwestlichen Gruppe und der Vertreter der drei Metallarbeiterverbände, zu der Reichsinnenminister Severing zur Verkündung seines Schiedsspruches für die westdeutsche Eisenindustrie ursprünglich auf Freitag nachmittag 4 Uhr eingeladen hatte, findet, einer telegraphischen Mitteilung des Ministers an die beiden Parteien zufolge, bereits am Freitag vormittag 10 Uhr im Dortmunder Rathaus statt. Die hieran geknüpfte Vermutung, daß Severing zunächst versuchen werde, die noch strittigen Fragen zu klären, dürfte, wie wir erfahren, nicht zutreffen. An der Tatsache, daß die Fällung eines Schiedsspruches durch Severing unvermeidlich ist und eine freie Vereinbarung nicht mehr in Frage kommt, hat sich nichts geändert.

Der Schiedsspruch hält, wie wir hören, an der Erhöhung des Stundenlohnes für ungelernte Arbeiter um 6 Pfg., die bereits in dem Schiedsspruch Jötten vorgesehen war, fest. Ueber den Jöttenschen Schiedsspruch wird der Schiedsspruch Severing insoweit hinausgehen, als für bestimmte Arbeiterklassen eine Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgt, was durch die Kündigung des Arbeitszeitabkommens unmöglich geworden ist. In einem Punkt wird der Schiedsspruch Severing hinter dem früheren Schiedsspruch zurückbleiben und zwar in der Frage der Akkordlöhne.

Von Nah und Fern.

Scharfe Kälte in Berlin.

:: **Berlin,** 20. Dez. In Berlin hat im Laufe der Nacht starker Frost eingesetzt. Morgens betrug die Temperatur etwa 8 Grad Celsius unter Null. Der D-Zug aus München, der um 7.55 Uhr fällig ist, traf mit 75 Minuten Verspätung ein. Auch sonst haben besonders die Züge, die Thüringen passieren müssen, starke Verspätungen infolge von Schienenvereisung und Schneeverwehungen in den thüringischen Bergen zu verzeichnen gehabt.

Geheimrat Karl Posner †.

:: **Berlin,** 20. Dez. Einer der angesehensten Berliner Aerzte, der bekannte Urologe und Sexualforscher Geheimer Medizinalrat Professor an der Berliner Universität Dr. Karl Posner, ist nach kurzem Krankenlager in der vergangenen Nacht im 75. Lebensjahr gestorben. In der Berliner Aerztewelt spielte er als früherer langjähriger Herausgeber der „Klinischen Wochenschrift" und der „Virchow-Hirschschen Jahresberichte" sowie als Vorsitzender wissenschaftlicher Fachgesellschaften eine bedeutende Rolle. Aber auch weit über den engeren Kreis seines Wirkens war er bekannt als Generalsekretär des deutschen Komitees zur Veranstaltung internationaler Kongresse und als Mitbegründer der internationalen Vereinigung der medizinischen Fachpresse. Posner war ein intimer Freund Rudolf Virchows, von dem er eine vielgenannte Biographie in dem Sammelwerk „Meister der Heilkunde" herausgab.

Die ersten Dinosaurier in Asien gefunden.

◆ **Berlin,** 20. Dez. Nach einem Bericht Sven Hedins aus Urumtschi Sinkiang (Ost-China) an das „Berliner Tageblatt" entdeckte der chinesische Geologe der Expedition südlich von Santei Ueberbleibsel von Dinosauriern aus der älteren jurastischen Zeit. Diese Entdeckung bezeichnet Sven Hedin deshalb als sehr bedeutungsvoll, weil sie eine Lücke in der Kenntnis der geologischen Entwicklung des asiatischen Kontinents vor Millionen von Jahren ausfülle.

35 Schafe von einem D-Zug getötet.

= **Erfurt,** 20. Dez. Der D-Zug 39 München-Berlin fuhr gestern nachmittag zwischen Rudolstadt und Orlamünde in eine Schafherde hinein, die auf der freien Strecke auf den Bahnkörper geraten war. 35 Schafe wurden getötet. Der D-Zug konnte seine Fahrt nach kurzem Aufenthalt fortsetzen.

Noch eine Schafherde vom Zuge überfahren.

◆ **Höchst** (Odenwald), 20. Dez. Auf der Strecke Höchst—Wiebelsbach, dicht bei dem Orte Etschbach, fuhr gestern nachmittag die Lokomotive eines Arbeiterzuges in eine Schafherde und tötete 60—70 Tiere. Die Herde, die neben dem Bahnkörper weidete, war von dem jungen Schäferhund beim Herannahen der Lokomotive auf das Gleis gejagt worden.

Einbruch in ein Kottbuser Juweliergeschäft.

◈ **Kottbus,** 20. Dez. Einbrecher drangen heute nacht in das hiesige Uhrwaren- und Juweliergeschäft von F. H. Lauterbach ein und raubten Waren im Werte von ca. 30000 Mark. Die Einbrecher sind über das Nachbargrundstück entkommen und dann mit einem Auto davongefahren. Auf dem Dach des Nachbargrundstücks wurde eine Aktentasche mit Goldsachen gefunden, die die Diebe anscheinend dort verloren haben.

Sühne für ein Eisenbahnunglück.

○ **Halberstadt,** 20. Dez. Das Große Schöffengericht beschäftigte sich gestern mit der Schuldfrage bei dem Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Badersleben. Am 6. Juni war dort infolge falscher Weichenstellung ein von Halberstadt kommender Güterzug entgleist und die Böschung hinabgestürzt. Dabei waren der Lokomotivführer und der Heizer getötet worden. Das Gericht erkannte wegen Transportgefährdung und fahrlässiger Tötung gegen den Bahnhofsmeister Strücken auf sechs, gegen den Zugführer Schwalenberg auf vier, und gegen den Weichensteller Breitling auf zwei Monate Gefängnis. Drei weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

Furchtbarer Selbstmord eines 18jährigen Mädchens.

× **Oschatz,** 20. Dez. Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich am Mittwoch nachmittag auf dem Bahnsteig des Bahnhofes Seehausen bei Oschatz ab. Die Tochter eines Gutsbesitzers aus Staupitz, ein 18jähriges Mädchen, warf sich vor den Augen der Reisenden vor den in Richtung Staupitz abfahrenden Personenzug. Die Räder des Zuges gingen über ihren Leib und zerschnitten sie in zwei Teile, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Man nimmt an, daß Schwermut das junge Mädchen in den Tod getrieben hat.

Ein Doppelselbstmord.

!! **Schaffhausen,** 20. Dez. Zwischen Neuhausen und Beringen wurden am Mittwoch abend in der Nähe eines Ueberganges der badischen Eisenbahn die verstümmelte Leiche eines Mannes und die einer Frau gefunden, deren Identität nicht festzustellen war. Es handelt sich anscheinend um Selbstmord. Es waren gutgekleidete jüngere Leute. Beide trugen Eheringe; derjenige des Mannes weist die Initialen „W. T.", derjenige der Frau die Buchstaben „E. M." auf. Man vermutet, daß es sich um zugereiste Deutsche handelt.

Die Empörung des russischen Dorfes.

○ **Kowno,** 20. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in der Nähe von Krasnodar die Großbauern das kommunistische Klubhaus des Dorfes Sorez niedergebrannt. Die Großbauern haben erklärt, die Kommunisten sollten das Dorf verlassen, weil sie zum Bürgerkrieg zwischen den reichen und den armen Bauern hetzen. Mehrere Kommunisten wurden verjagt, und nur mit Hilfe der Miliz gelang es, die Ruhe im Dorfe wiederherzustellen. Das Volkskommissariat für Justiz hat aus Anlaß der immer stärker um sich greifenden Verfolgungen der Dorfkommunisten angeordnet, daß die Staatsanwälte zur Bekämpfung der politischen Bandenbildung mit der G. P. U. zusammenarbeiten sollen.

Verschmelzung des „Gaulois" mit „Figaro"?

● **Paris,** 20. Dez. Nach der Theaterzeitung „Comédia" wird das Coty-Blatt „Le Gaulois", das im 63. Jahrgang erscheint, demnächst eingehen. Das Blatt soll mit dem „Figaro", der sich ebenfalls im Besitz des Parfümeriefabrikanten Coty befindet, verschmolzen werden.

Ueber 700 000 Grippekranke in den Vereinigten Staaten.

◆ **Newyork,** 20. Dez. Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes hat sich die Grippeepidemie seit der vergangenen Woche weiter ausgebreitet. Die Zahl der erkrankten Personen beträgt bei einer Gesamtbevölkerung von 113 Millionen heute schon 705 385. Man befürchtet, daß sich die Krankheit noch weiter ausdehnen wird.

Ein neuer Bericht über die Untersuchung des Unterganges der „Vestris".

⊠ **Newyork,** 20. Dez. Der amerikanische Regierungskommissar für den südlichen Teil des Staates Newyork O'Neill, hat seinen Bericht über die vom Staatsanwalt geführte Untersuchung des Unterganges des Dampfers „Vestris" am 12 November dem Kongreß vorgelegt. O'Neill empfiehlt durchgreifende Reformen in den Schiffahrtsbestimmungen und führt den schweren Verlust an Menschenleben auf folgende drei Ursachen zurück: 1. den Stabilitätsverlust der „Vestris", als der Dampfer in Sturm geriet, 2. die Unfähigkeit des Kapitäns Caren und der Besatzung, 3. die veraltete Art von Rettungsringen. Die „Vestris" habe weder den Bestimmungen des britischen Handelsamtes, noch den amerikanischen Vorschriften entsprochen

Aus Münster und dem Münsterland.

Bei der Reichswehr zu Gast.

△ **Münster,** 20. Dezember.

Das Versailler Diktat hat uns ein Heer von Berufssoldaten zugestanden. Aufgabe der Heeresleitung ist es, diesen beamteten Soldaten nicht nur eine ausgezeichnete Ausbildung zu verschaffen, nicht nur ihnen das Leben in den Kasernen so angenehm zu machen, daß sie mit Freude und Hingebung sich als Soldaten fühlen, sondern ihnen auch gleichzeitig eine Ausbildung zu sichern, die es ihnen möglich macht, nach dem Ausscheiden aus dem Heere als mittlere oder Unterbeamte eine gesicherte Zukunft zu haben.

Dank dem Entgegenkommen des Kommandeurs des 1. Bataillons des Infanterieregiments 18, Oberstleutnants Wilberg, hatten wir Gelegenheit, die Einrichtungen des heutigen Infanteriedienstes in allen Einzelheiten kennen zu lernen: vom Meldedienst mit Winken, Meldehund, Blinkfeuer und Telephon bis zur Lebenshaltung von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften und der schulmäßigen Fortbildung der jungen Leute. Die Mannschaftsstuben des neuen Infanteriekasernements auf dem Wege nach Kinderhaus, die ursprünglich für zwei Bataillone gebaut waren, genügen unter den jetzigen Verhältnissen kaum den Ansprüchen eines Bataillons. Denn jetzt gibt es keine zwei- oder dreistöckige Betten mehr, höchstens acht Mann auf einem Zimmer, die Zimmer selbst sind zum Teil außerordentlich wohnlich und individuell ausgestattet, sogar lange Storgardinen vor den Fenstern. Lesezimmer üben eine starke Erziehung zur Häuslichkeit aus, alles ist zwar schlicht, aber wohnlich und gut eingerichtet, überall peinlichste Sauberkeit und Genauigkeit mit dem ausgesprochenen Zwecke der Erziehung fürs praktische Leben. Die „Kammern" nach neuzeitlichen Gesichtspunkten lustig und übersichtlich. Zur Uebung und Unterhaltung Kleinkaliberbestände teils im Keller, teils an der Seite des mehr als hundert Meter langen Exerzierplatzes. Die handwerklichen Arbeiten werden nicht mehr von den Soldaten, sondern von Berufsschneidern, Schuhmachern usw. ausgeführt. Das Essen in blitzsauberen Küchen zubereitet, außerordentlich geschmackvoll, und seine Güte mag durch die Tatsache bewiesen sein, daß jedem Soldaten wöchentlich 450 Gramm Naturbutter zustehen.

Zur Ausbildung dient die hier unter der Leitung von Dr. Pöttken stehende Heeresfachschule, die in acht Jahresklassen ein ungemein reiches Wissensgebiet vermittelt in den drei Gruppen „Verwaltung und Wirtschaft", „Gewerbe und Technik" und „Landwirtschaft". Hat der Soldat die acht Klassen mit Erfolg besucht und das Examen bestanden, verfügt er über ein Bildungsniveau, das an Wert etwa der Ausbildung des Unterprimaners einer höheren Lehranstalt entspricht. Die Heeresfachschule, die wir besichtigten, hat 12 Klassen, die von etwa 280 Schülern besucht werden, verfügt über eine Schülerbibliothek von rund 1500 Bänden, eine ziemlich gut eingerichtete Lehrerbibliothek, guten physikalischen Apparaten, Projektionsapparat mit zahlreichen Lichtbildern, 25 Schreibmaschinen für Lehrzwecke und manches andere mehr, das dazu dienen soll, dem Soldaten nach seinem Scheiden aus dem Dienste eine gute Ausbildung mit ins bürgerliche Leben zu geben. Es wurde durch alles der unbedingte Eindruck gewonnen, daß bei der Reichswehr die Möglichkeit zu umfassender Ausbildung, bewußtem Pflichtgefühl, Treue, Pünktlichkeit, Verschwiegenheit und Disziplin in jeder Form gegeben wird.

★

+ **Münster,** 20. Dez. **Um das Denkmal des Sauerländer Heimatbundes.** Zum 100jährigen Geburtstag des Professors Grimm beabsichtigte der Sauerländer Heimatbund den Dichter durch ein großes Denkmal in der Promenade zu ehren. Es wurde von der Ortsgruppe des Bundes in Münster ein Preisausschreiben veröffentlicht und unter den Bewerbern erhielt der Bildhauer Franz Br. den Auftrag, das Denkmal zu bauen, derselbe Br., der wegen des Diebstahls im Dom mit einem Jahr Gefängnis bestraft wurde. Br. erhielt nach den ersten Verhandlungen über die Beschaffung des Materials für das Denkmals 650 Mark von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Br. verbrauchte das Geld für sich. Als er dann in der Domdiebstahlaffäre verhaftet wurde, zeigte sich, daß das Material nicht bezahlt war. Br. entschuldigte sich damit, daß er das Geld jederzeit von seinen Freunden hätte erhalten können. Die Rechnung des Materials stellte sich auf 1000 Mk., weit höher, als sie veranschlagt war. Gegen Br. wurde nun ein Verfahren eröffnet, das mit seinem Freispruch endete, da der Nachweis einer strafbaren Handlung nicht erbracht werden konnte. Br. wird während der Haft das Denkmal fertigstellen, zu dem er schon die Modelle geliefert hat.

+ **Münster,** 20. Dez. **Wohin der Leichtsinn führt.** Für ein Jahr schickte das erweiterte Schöffengericht den 20jährigen Kaufmann Dietrich aus Dresden ins Gefängnis. D. erhielt im August d. J. von seinem Dienstherrn in Dresden den Auftrag, 2500 Mk. von der Bank und einem Geschäftskompagnon abzuholen. Das Geld brannte dem jungen Menschen in der Tasche und das schöne Wetter lockte zu einem Ausflug. D. überwand die wenigen Hemmungen, die sich ihm in den Weg stellten, und schon trug ihn der D-Zug hinaus in das weite, schöne deutsche Reich. In Bremen wurde das Geld schon knapp und D. machte lange Finger, stahl ein Rad, dem Oberkellner ein Paar Lackschuhe und eine Weckuhr. Das Logiergeld blieb er schuldig. D. kam schließlich nach Werne und wurde bei einem neuen Fahrraddiebstahl festgenommen. Vier Vorstrafen fielen bei der Urteilsfällung ins Gewicht und nur ein reumütiges Geständnis rettete D. vor dem Zuchthaus. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

+ **Münster,** 20. Dez. **Stoffdiebstahl.** In der Nacht zum 29. Oktober d. J. wurde einem patrouillierenden Polizeibeamten ein Fahrraddiebstahl bei einer Wirtschaft auf dem Verspoel gemeldet. Der Beamte ging die Klosterstraße entlang und stieß bei der Servatikirche auf zwei verdächtige Gestalten in der Nische der Kirche, die ein Rad bei sich hatten. Als der Beamte auf die Leute zuging, ergriffen sie die Flucht. Schon in der Loerstraße konnte einer der Ausreißer gefaßt werden. Während der Verfolgung hatte der Beamte beobachtet, daß der flüchtige Heinrich Br. einen Ballen Stoff fortgeworfen hatte. Br. stellte sich dumm, mit dem Stoff wollte er nichts zu tun haben. Schließlich „gestand" er, daß er acht Ballen Stoff in der Nische der Kirche gefunden habe. Mit dieser Erklärung trat er auch vors Schöffengericht, konnte damit aber keinen Glauben finden und erhielt 1½ Jahr Gefängnis. Seine Komplizen, die den Stoff auf der Klosterstraße stahlen, konnten noch nicht gefaßt werden.

△ **Tecklenburg,** 19. Dez. **Hoher Besuch im Kreise Tecklenburg.** Oberpräsident Gronowski und Regierungspräsident Dr. Amelunxen statteten am Montag dem Kreise Tecklenburg einen Besuch ab und besichtigten namentlich die Kulturarbeiten und neuen Siedlungen.

+ **Appelhülsen,** 20. Dez. **Exemplarische Strafe für einen Betrüger.** Fünf Vorstrafen kennzeichnen den Weg des 28jährigen Kaufmanns Max L. aus Nottuln-Appelhülsen. Donnerstag stnd L nun als rückfälliger Betrüger vor dem erweiterten Schöffengericht in Münster. L. hatte sich als Vermittler von Darlehen in einer Zeitungsannonce empfohlen. Ein Darlehnssucher aus Ahlen meldete sich und durfte nach und nach Vorschüsse in der Gesamthöhe von 70 Mark zahlen und Unterlagen für die Sicherheit der Leihsumme liefern. L. gab dem drängenden Darlehnsucher das Versprechen, daß er das Geld binnen 14 Tagen besorgen werde. Aber daraus wurde nichts. Nach vergeblichem Warten erstattete der Darlehnssucher Anzeige und es stellte sich heraus, daß L. sich überhaupt nicht um Darlehen bemühte. Das Gericht sah von einer Zuchthausstrafe, die L. verdient hätte, ab und bestrafte L. mit acht Monaten Gefängnis, nahm ihn aber sofort in Haft.

)(**Ahlen,** 20. Dez. **Vom Zuge überfahren und getötet.** Heute morgen wurde der Streckenläufer Sassenberg von dem 9,20 Uhr die Station Ahlen durchfahrenden Eilzug 920 an der Hammer Strecke erfaßt, überfahren und getötet. Der Ueberfahrene ist verheiratet und hinterläßt drei Kinder. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

+ **Ahlen,** 20. Dez. **Strafbare Vergeltung.** Der Schmied Karl S. fühlte sich von seinem Schwager betrogen. Um sich zu rächen, fälschte S. ein Gesuch auf Aushändigung des Arbeitslohnes und der Arbeitspapiere seines Schwagers, der krank war. S. erreichte sein Vorhaben, erhielt aber kurz darauf eine Anzeige. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu fünf Monaten Gefängnis.

● **Gladbeck,** 20. Dez. **Gladbecks neues Stadtwappen.** Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung steht auch die Einführung eines Stadtwappens. Es wird vorgeschlagen, als Stadtfarben die Farben Schwarz-Gelb zu nehmen. Es sind einmal die Farben von Haus Wittringen, das im Leben der Stadt eine wichtige Rolle spielen wird. Es sind ferner die Farben des Bergbaus, sodaß Gladbeck als reine Kohlenstadt durch die vorgeschlagenen Farben der Bevölkerungsstruktur Rechnung tragen würde. Schlägel und Eisen im schwarzen Felde deuten auf die Kohlenindustrie der Stadt hin. Die Wolfshaken, die dem früheren Wappen von Wittringen entnommen sind, stellen die Verbindung mit der Vergangenheit, insbesondere der Landwirtschaft dar.

Aus Westdeutschland.

Eine Möbelfabrik in Flammen.

Eine halbe Million Materialschaden.

● **Paderborn,** 20. Dez. Am Mittwoch nachmittag entstand in den Stadlerschen Möbelwerkstätten am Marienplatz aus noch nicht festgestellter Ursache ein Großfeuer, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Der größte Teil der wertvollen Zimmereinrichtungen und Einzelmöbel und große Holzvorräte sind ein Raub der Flammen geworden. Auch in den Polsterwerkstätten, der Lackiererei und Furniererei lagerte wertvolles Material, das ebenfalls dem Feuer zum Opfer fiel. Die Paderborner Feuerwehr, die sich in der vergangenen Nacht und am Mittwoch vormittag noch an den Löscharbeiten bei dem Fabrikbrand in Salzkotten beteiligte, konnte sich hier in der Hauptsache nur darauf beschränken, die umliegenden Häuser kalt zu halten. In kurzer Zeit war der große Gebäudekomplex ausgebrannt oder unter der Last der großen Wassermassen zusammengestürzt. Auch das Wohnhaus und die Büro- und Ausstellungsräume sind verloren. Zeitweise nahm das Feuer einen für die Nachbarschaft gefahrdrohenden Charakter an, sodaß die Bielefelder Feuerwehr zu Hilfe gerufen werden mußte. Der Schaden, der durch das Feuer entstanden ist, läßt sich einstweilen noch nicht genau abschätzen, dürfte aber mit etwa einer halben Million veranschlagt werden. Ueber die Ursache des Brandes kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Die in der Fabrik beschäftigten Handwerker und Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten. Auch bei den Lösch- und Aufräumungsarbeiten ist niemand zu Schaden gekommen. Das Feuer war am Donnerstag morgen noch nicht ganz gelöscht.

★

Ein Bräutmörder zum Tode verurteilt

:: **Essen,** 19. Dez. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts in Essen wurde heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Thedick gegen den Bergmann Johann Ekolt verhandelt, der am 24. Oktober d. J. seine Braut, die Hausangestellte Grete Bergmann, im Hause ihrer Dienstherrschaft in der Altendorferstraße in Essen durch Beibringung von 38 Messerstichen tötete. Etwa 20 Zeugen, die aufgeboten waren, stellten dem Angeklagten und auch der Getöteten im allgemeinen ein gutes Leumundszeugnis aus, und es ergab sich aus der Zeugenvernehmung, daß der Angeklagte lediglich aus Eifersucht gehandelt hat. Der Sachverständige, Gerichtsmedizinalrat Dr. Teut, lehnte die Möglichkeit einer Affekthandlung ab, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gottschalck sich gerade darauf stützend auf Freispruch plaidierte. Staatsanwaltschaftsrat Nolte als Vertreter der Anklage beantragte die Todesstrafe wegen vorsätzlichen Mordes. Der Angeklagte wiederholte lediglich noch einmal sein bereits bekanntes Geständnis in allen Einzelheiten. Am Spätnachmittag zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und gegen 18 Uhr verkündete der Vorsitzende das Urteil dahingehend, daß der Angeklagte wegen vorsätzlichen Mordes zum Tode und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt wird. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß der Angeklagte lange mit dem Gedanken der Tötung gespielt und diesen Gedanken erwogen habe. Das Messer habe er zum Zwecke der Tat vorher in der Wohnung der Dienstherrschaft seiner Braut versteckt. Weiter wird der Inhalt seiner kurz vor der Tat geschriebenen Briefe als Beweis für die Vorsätzlichkeit des Mordes angeführt. Ferner steht das Gericht auf dem Standpunkt, daß er sich vor der Tat die neue Kleidung zum Zwecke der Flucht verschafft hat. Kein Zweifel besteht darüber, daß er die Tötung vorsätzlich bewirkt habe, und vor, während und der nach der Tat alle Einzelheiten zu seinen Gunsten genau erwogen habe. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig an. Das zahlreich anwesende Publikum enthielt sich jeder Stellungnahme.

★

:·: **Soest,** 19. Dez. **Einem Kindesmord auf die Spur gekommen.** Hier wurde gestern in einem großen Teich die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Leiche, die unbekleidet war, trug am Hals eine Wäscheleine, an der ein Ziegelstein befestigt war, um die Leiche unter Wasser zu halten. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Kindesmord. Die Polizei nahm sofort die Ermittlungen auf.

:: **Osnabrück,** 20. Dez. **Der neue Lengericher Tunnel in Betrieb genommen.** Der neue Lengericher Tunnel, über dessen Fertigstellung wir berichteten, ist jetzt in Betrieb genommen worden. Zunächst benutzen nur die Züge in der Richtung Osnabrück—Münster den neuen Tunnel. In einigen Wochen werden auch die Züge der Richtung Münster—Osnabrück durch den neuen Tunnel geführt. Der alte Tunnel wird dann einer gründlichen Ausbesserung unterzogen werden.

⊠ **Bochum,** 19. Dez. **Zweigleisiger Ausbau der Straßenbahnlinie Bochum-Wanne.** Mit einem Kostenaufwand von über 2 Millionen Mark baut zurzeit die Stadt Bochum die Straßenbahnverbindung mit Wanne-Eickel aus, um der Straßenbahn die Möglichkeit zu geben, auch auf ihrer Strecke nach Wanne-Eickel den zweigleisigen Betrieb einzuführen. Die Arbeiten sind jetzt bereits zu einem großen Teil fertiggestellt und man hofft, den Rest der Bauarbeiten bis Ostern 1929 vollenden zu können. Durch diese neue Verbindung wird die Strecke eine wesentliche Verkürzung erfahren.

● **Essen,** 20. Dez. **Denkmal für die 13 von den Franzosen erschossenen Kruppschen Angestellten.** Auf dem Essener Ehrenfriedhof wurde heute nachmittag das von Professor Lederer geschaffene Denkmal für die am Karsamstag 1923 den französischen Kugeln zum Opfer gefallenen Angehörigen der Kruppschen Werke in die Obhut der Stadt Essen gegeben. Herr Krupp von Bohlen und Halbach gab in seiner Ansprache einen Rückblick auf die schwere Zeit der Besetzung und betonte, daß der Tod der Dreizehn mit dazu beigetragen habe, daß wir heute wieder auf freiem Boden stehen. Oberbürgermeister Bracht brachte zum Ausdruck, daß dieses von Meisterhand geschaffene Mal nicht Empfindungen des Hasses hervorrufen soll. Zu dieser Stunde soll das Gelöbnis erneuert werden, daß von uns alles geschehen soll, den Weg zu einem wirklichen und dauernden Frieden zu ebnen.

Duisburg, 20. Dez. **Zwei neue Rheinbrücken?** Die Erörterung der Eingemeindungsfrage zwischen Homberg und Duisburg hat auch die Schaffung neuer Verbindungen zwischen den beiden Rheinufern in den Vordergrund gerückt. Da Homberg als das zukünftige Oberkassel Duisburgs auf eine engere Verbindung angewiesen ist, ist mit Duisburg die Anlage zweier weiterer Rheinbrücken vereinbart worden. Die eine soll im Zuge der Kruppschen Johanneshütte bis in das stark aufstrebende Rheinhausen, die andere direkt im Zuge der Essenberger Fähre zur Homberger Rheinpromenade führen. Die erstern will man spätestens 1930 beginnen, für die letzte sollen die notwendigen Mittel aus dem Ueberschußfonds der Homberger Brücke in acht bis zehn Jahren zusammenkommen. Es erheben sich aber jetzt schon Proteststimmen. Einerseits steht die Schiffahrt bei der dort recht starken Strömung des Rheins in den kurz aufeinanderfolgenden zahlreichen Brückenpfeilern eine erhebliche Gefahr. Diesen Bedenken hat sich auch die Strombauverwaltung nicht verschließen können und deshalb zur Bedingung gemacht, daß die an der Hochfelder Eisenbahnbrücke liegende Straßenbrücke strompfeilerlos gebaut wird. Das bedeutet, daß die Brücke in einem einzigen kühnen Bogen den hier recht breiten Strom überspannen muß. Damit würde das Kruppsche Projekt „Aus einem Guß", das damals von Köln nicht angenommen wurde, hier wieder zu Ehren kommen können. Aber noch ein anderer Einspruch hat sich erhoben, und dieser kommt aus der Bürgerschaft selbst. In einer Eingabe an sämtliche Stadtverordneten wird gefordert, daß auch ein zweites Projekt im Zuge der historischen Werthauser Straße, die direkt in die City Duisburgs führt, von der Stadtverwaltung ausgearbeitet werde.

Essen, 20. Dez. **Kein Zusammenschluß der Straßenbahngesellschaften im Ruhrgebiet.** Die in den letzten Tagen mehrfach in der Presse veröffentlichte Meldung von einem angeblichen Zusammenschluß der Straßenbahnen im Ruhrgebiet trifft nicht zu. Es liegt weiter nichts vor als Abmachungen auf weiteren Ausbau der bisherigen Gemeinschaftsarbeit, die sich auf den gemeinsamen Betrieb gewisser Linien und die daraus sich ergebende Notwendigkeit, auch einzelne Wagenhallen gemeinsam zu benutzen, erstreckt.

▲ **Köln,** 20. Dez. **Neue Verhaftungen von Beamten des Reichsvermögensamtes.** Die durch die in den letzten Tagen vorgenommenen Verhaftungen aufgerollte Affäre zieht immer weitere Kreise. Vorgestern ist wieder ein Beamter des Reichsvermögensamtes von den Franzosen vernommen und dann in seine Wohnung gebracht worden, wo er seitdem unter militärischer Bewachung gehalten wird. Eine Anzahl anderer Beamter ist von den Franzosen bereits zur Vernehmung vorgeladen. Da die französische Staatsanwaltschaft den deutschen Behörden keine Mitteilung macht, ist der wahre Grund für das Vorgehen der Besatzungsbehörden bis jetzt nicht zu erkennen. Man weiß nur, daß die hiesigen Verhaftungen mit der Mainzer Affäre in Verbindung stehen.

:: **Neuwied,** 20. Dez. **Protestanten bestimmen über katholische Schulen.** In Neuwied scheint man immer wieder Wert darauf zu legen, den katholischen Volksteil zu verletzen. Nachdem den vereinten Liberalen und Sozialisten zusammen mit dem Bürgermeister gelungen ist, das christliche Kreuz auf dem Ehrenfriedhof durch ein Denkmal der Nacktheit zu verdrängen, ist den Herrschaften der Kamm geschwollen. Das zeigte sich in der letzten Sitzung der Schuldeputation, in der für eine katholische Schule ein Konrektor zu wählen war. Die katholischen Mitglieder schlugen einen Kandidaten vor in der Erwartung, daß dieser, entsprechend einem jahrzehntealten Brauch, auch von den evangelischen Mitgliedern gewählt werde, wie es umgekehrt stets geschehen ist. Aber weit gefehlt. Von evangelischer Seite wurde ein andrer Lehrer vorgeschlagen, und zwar ausgerechnet einer, der aus religiösen und dienstlichen Gründen von der katholischen Gemeinde einmütig abgelehnt, dazu auch von der Schulbehörde als ungeeignet bezeichnet wird. Aber er war auf der andern Seite als Mitglied des liberalen Deutschen Lehrervereins Liebkind. Der Bürgermeister ermöglichte dann die Wahl dieses Mannes dadurch, daß er sich der Stimme enthielt. Der Abgeordnete Dr. Heß hat den Vorfall bereits im Landtag zur Sprache gebracht und ihn als „das Tollste bezeichnet, was man sich überhaupt auf diesem Gebiete an Taktlosigkeit und Unvornehmheit vorstellen könne." Er hat gleichzeitig den Minister ersucht, in Neuwied einmal nach dem Rechten zu sehen. Die Katholiken Neuwieds warten mit Spannung ab, wie der Minister sie vor derartigen Uebergriffen zu schützen gedenkt.

▼ **Rhens,** 20. Dez. **Eine Mühle eingeäschert.** Am Mittwoch brach in einem großen mechanischen Mühlenbetrieb Großfeuer aus, das mit verheerender Geschwindigkeit um sich griff. Die Feuerwehr, die alsbald am Brandherd erschien, mußte zunächst zurückgezogen werden, weil zahlreiche in dem Betriebe lagernde Kohlensäureflaschen explodierten und die herumfliegenden Splitter eine erhebliche Gefahr bedeuteten. Der gesamte Betrieb sowie erhebliche Vorräte an Mehl und Maschinen sind durch das Feuer vernichtet.

◇ **Mainz,** 20. Dez. **Aus Eifersucht erstechen.** Im Hofe eines Hauses in der Lyzeumsgasse kam es wegen eines Mädchens zwischen den 17jährigen Arbeitern Willi Schulz und Bedolmo zu einem Streit, der in eine Schlägerei ausartete. Dabei versetzte Bedolmo dem Schulze einen tiefen Stich zwischen die Schultern, der die Lunge verletzte und den Tod des Gestochenen herbeiführte. Der Täter wurde verhaftet.

•:• **Kassel,** 20. Dez. **Zwei Handwerksburschen in einer Herberge erstickt.** In dem benachbarten Oberaula hatten zwei ältere Handwerksburschen in der Gemeindeherberge das Feuer im Ofen durch übermäßiges Nachlegen derart angefacht, daß bald eine Ueberhitzung des Raumes eintrat. Während die beiden schliefen, begann die Wand am Ofen infolge der ungeheuren Hitze zu schwelen. Da keine Luftzufuhr erfolgte, war der ganze Raum bald mit Rauch und Kohlengas gefüllt. Beide Handwerksburschen wurden heute früh tot aufgefunden.

Frankfurt a. M., 20. Dez. **Durch Geistesgegenwart ein Unglück verhütet.** Ein Brand im Frankfurter Schauspielhaus, der während einer Pause der gestrigen Vorstellung den Vorhangergriff, konnte durch die Geistesgegenwart eines Besuchers aus dem Parkett, der auf die Bühne sprang und die Flammen austrat, im Keim erstickt werden. Es wurde dadurch eine Panik verhütet.

Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons?



Die aus Anlaß der Besetzung der Verwaltungsratsstellen der deutschen Reichsbahn zwischen der Reichsregierung und dem Staatsgerichtshof entstandenen Unstimmigkeiten haben eine Rücktrittsabsicht des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons zur Folge gehabt.

Rundfunk.

Freitag, 21. Dezember.

11,10—11,55 Uhr: Schulfunk.
11,10—11,35 Uhr: Was will ich werden? Berufsberaterin Kellinghaus: Hauswirtschaftliche und pflegerische Berufe.
11,35—11,55 Uhr: Schulfunk für die Oberstufe höherer Lehranstalten. Französische Unterhaltung: Provinces francaises caractériques.
12,10 Uhr: Mechanische Musik: Phonolakonzert.
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung. Leitung: Eysoldt. 1. Eine Sommernacht in Madrid, Ouvertüre — Glinka. 2. Herbsttraum, Walzer — Joyce. 3. Melodien aus der Oper „Halka" — Moniuszka. 4. a) Schmeichelei, Romanze — Giordone. b) Ganz im Geheimen, Intermezzo — Offermann. 5. „Tausend und eine Nacht", Orientalische Ballett-Suite — Vortkiwiecz. Das verzauberte Schloß. Zobeide. Tanz der jungen Mädchen. Orientalischer Tanz. 6. Frühlingsständchen — Lacombe. 7. Potpourri a. d. Operette „Polenblut" — Nedbal. 8. Columbia-Marsch — Rust.
14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus.
15—15,30 Uhr: Els Vordemberge: Kinderspielstunde.
16—16,25 Uhr: Lesestunde. Heinrich Haslinde-Castrop: Westfälische Balladen
16,30—17 Uhr: Fritz Worm: Bücherstunde. Walter Rathenau: „Nachgelassene Schriften" — Jakob Wassermann: „Lebensdienst". — Ed. Spanger: „Kultur und Erziehung".
17—17,45 Uhr: Rektor Simon: Jugendfunk. Solistin: Else Fuchs (Sopran), Breuer (Begleitung). 1. Die Christusnacht der Tiere, ein Märchen von Fr. M. Dernen. 2. Zwei Weihnachtslieder von Max Reger. a) Maria Wiegenlied, b) Maria unterm Rosenstrauch. 3. Vom Grünlein und von dem, was das Schönste war, ein Märchen von H. Herbert. 4. Zwei Weinachtslieder von Peter Cornelius. a) Die Hirten, b) Die Könige. Flügel: Bechstein.
17,45—18,30 Uhr: Vesperkonzert, ausgeführt vom Großen Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn. Solisten: Hansen (Sopran), Holwe (Bariton). Aus modernen Opern. 1. Tanzszene aus der Oper „Holofernes" — Reznicek. 2. Wiegenlied der Els aus der Oper „Der Schatzgräber" — Schreker. (Solistin: Kläre Hansen.) 3. Zwischenspiel aus der Oper „Der Schatzgräber" — Schreker. (Solist: Heinz Holwe.) 4. Tanzlied des Pierrot aus der Oper „Die tote Stadt" — Korngold. 5. Zwischenspiel aus der Oper „Das Wunder der Heliane" — Korngold.
18,30—18,50 Uhr: Der westfälische Kulturkreis. Oberstudienrat Dr. Wefelscheid: Der Naturschutz im Industriegebiet.
19,15—19,40 Uhr: Lektor Dr. C. Bennett (Universität Cambridge) — A. Rüschkamp-Whitehead: Englische Unterhaltung.
19,40—20 Uhr: Gemeinverständliche Rechtskunde. Rechtsanwalt Dr. Peipers: „Die Stellung der Frau in den Rechtsgeschäften des täglichen Lebens.
20 Uhr: Abendkonzert des Kleinen Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Eysoldt. 1. Die Hochzeit des Camacho Ouvertüre — Mendelssohn. 2. Liebesengel Walzer — Waldteufel. 3. „Das Minaret", Suite orientalischer Melodien — Leopold. 4 Nordische Nacht — Vecsey. 5. Melodien a. d. Oper „Die Afrikanerin" — Meyerbeer.
21 Uhr: Intermezzo: Das deutsche Volkslied (5). Das Kind im Volkslied. Ausführende: Gülland (Sopran), Mann (Alt), Küsters (Bariton), Mittmann und Heinrichs (Violine), Feldin (Cello), Begleitung: Breuer. Leitung: Prof. Edmund Josef Müller. 1. Einführende Worte 2. Kindersegen, Duett für Alt und Bariton. 3 Abend und Morgen: a) Altsolo: Schlaf, Kindchen, schlaf. b) Haidelbubaidel, für Sopran mit zwei Violinen, c) Ammen-Uhr, Altsolo mit Streichinstrumenten. d) Baritonsolo: Erwacht, ihr Schläfer e) Wach auf, Kanon für Sopran und Alt. f) Morgengebet, für Sopran, Alt, Bariton und Streicher. 4. Koselieder und Tändeleien: a) Altsolo: Die Mutter singt, b) Baritonsolo: Der Vater singt. 5 Kleine Leiden: Wenn das Kind krank ist, u. a. für Sopran. 6. Spiel und Tanz: a) Brüderchen, komm', tanz', für Sopran, Alt und Streicher. b) Widele, widele, für Alt und Violine. c) Sopransolo: Dornröschen war ein schönes Kind. d) Lieschen, was fällt dir ein, für Bariton und Streicher. e) Es tanzt ein Butzemann, für Sopran und Violine. f) Als der Großvater die Großmutter nahm, für Alt und Violine. 7 Necken und Scherzen: a) Was haben die Gänse für Kleidung an, für Sopran und Streicher. b) Lügenmärchen, für Bariton und Streicher. c) Lauerkätzchen, für Sopran und 2 Violinen. d) Widewidewenne, für Alt und Streicher. 8 Weihnachtsvorfreude: a) Baritonsolo: Ruprecht, b) Altsolo: Christkindlein. c) Morgen kommt der Weihnachtsmann, Kanon für Sopran, Alt und Streicher Flügel: Bechstein.
Anschließend: Fortsetzung des Abendkonzertes. 1. Juristen-Ballklänge, Walzer — Strauß. 2. Hamlet-Ouvertüre — Tschaikowski. 3. Pierrot-Serenade, Trio — Meyer-Helmund. 4 Notturno. Zug der Zwerge — Grieg.
Anschließend: Letzte Meldungen. Sportbericht.
Anschließend Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt.
Anschließend bis 24 Uhr: Uebertragung des Konzerts aus dem Handelshof, Essen. Kapelle: Farkas Miska

Hervorragend billiges Weihnachtsangebot ! ! !

Gewähre auf **Weine, Liköre, Weinbrand, Arrak, Rum, Punsche, Kornbranntwein, Wacholder, Doornkaat** etc., falls der Einkauf bis einschließlich 23. Dezember erfolgt,

10 Prozent Bar-Rabatt.

Hausfrauen! Vergessen Sie nicht, Ihren Festkaffee bei mir in täglich frisch gerösteter allererstklassiger Qualität zu kaufen.

Franz Behnen, Kaffeerösterei,
Wein- und Likörhandlung
Osterstraße 60. Fernruf 2128. Ravardistraße 40 (Filiale)

Mop-Poliur
lose, sehr billig
Ltr. 3,- Mk.
Drogerie Maass,
Osterstraße.

Schriftl. Heimarbeit
Vitalis-Verlag.
München N. 1.

Weihnachten naht

Nutzen Sie die Vorteile in meinem großen

Weihnachts-Verkauf!

Alle Läger sind mit Weihnachts-Geschenk-Artikeln in hervorragend reicher Auswahl sortiert ✣ Meine billigen Einkäufe mit über 160 gleichartigen Geschäften gewährt Ihnen die Möglichkeit **niedriger Preisgestellung.** ✣ Meine guten Qualitätswaren gehören als Festgeschenk auf jeden Weihnachtstisch.

J. Hoffmann, ***Anholt***
Mitglied des Einkaufsverbandes Merkur A.-G. in Dortmund. 10543k

Pelz-Vallée Anholt

Als schönes **Weihnachts-Geschenk** empfehle ich

Pelze aller Arten

in großer Auswahl.
Trotz der billigen Preise **10 % Rabatt.**

Schöne Skunkskragen von 55.— Mk. an.

Kaufe Iltis-, Mardor-, Fuchs- u. Kanin-Felle zu hohen Preisen. 10533k

Kinder-Besen, Schrubber und Straßenbesen
per Stück
nur 25 Pfg.
Riesenbazar Otto Scherbel
Nordstr. 19.

la Weinbrand,
la Arrac,
la Rum,
sehr feine Liköre,
zu **billigsten Preisen.**
kaufen Sie am besten in der Drogerie
Gebrüder Steiner,
Markt 8. 9981e

Weihnachtsangebot!

Weinbrand-Verschnitt Flasche 3,20	**1,90**
Feinster Weinbrand 3,50	**2,10**
Prim Jam Rum-Versch. Flasche 3,60	**2,25**
Feinst. Arrac-Verschnitt Flasche 4,00	**2,40**
Diverse Liköre Fl. 3,90	**2,25**

Ferner führende Marken wie Asbach, Scharlachberg, Bols, Jacobi, Gilka, Schlichte, Kantorowicz usw.

Prima Insel-Samos Flasche 1,50	**90 ₰**
Feinst. alter Tarragona Flasche 1,50	**90 ₰**

Stärkende Krankenweine, Rot- und Weißweine.

Bei den von mir geführten erstklassigen Qualitäten und äußerst kalkulierten Preisen in Spirituosen Krankenweinen u. Likören ist es mir nicht möglich, Rabatt in irgendwelcher Form zu gewähren. 10494

Drogerie Bruns,
Nordstraße.

Gebrauchter
Geldschrank
zu kaufen gesucht. (Fm.
Offerten unter C. 10535 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.





Uhren u. Goldwaren
Bestecke, Geschenkartikel
Verlobungsringe
moderne Armbanduhren
finden Sie in großer Auswahl gut und billig im
Uhrenhaus Ganten
Ravardistraße 16.
Einer sagt's dem andern:

Praktische Weihnachtsgeschenke
wie
Damen- und Herrenwäsche, Krawatten,
Damen-, Herren- und Kinders'rümpfe,
Handschuhe, Unterzeuge, Taschentücher u. Spitzen
finden Sie in großer Auswahl und zu niedrigen Preisen im Partiewarenhaus
Bernhard Pollmann,
Langenbergstraße 9.

Anzeigenpreis für das 1spaltige Millimeter: 12 Pfg. Lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Bezugspreis: 2,15 Goldmark. Einzelpreis 10 Pfg.

Unser Weihnachts-Preisausschreiben.

Der große Wettbewerb ist zu Ende. Es war ein Kampf, der allen Beteiligten viel Freude gemacht hat, sogar der geplagten Kommission, die mit der Durchsicht der 1656 Lösungen beauftragt war und die an anderer Stelle der heutigen Ausgabe über ihre Eindrücke und Erfahrungen berichtet. Nachstehend geben wir die richtigen Lösungen bekannt. Da nicht alle Einsender einer richtigen Lösung mit einem Gewinne bedacht werden konnten, mußte das Los entscheiden. Und das Los war launisch. Vielleicht verteilt es seine Gaben beim nächsten Mal etwas anders, damit die, die jetzt leider leer ausgehen mußten, dann auch mit einer Gabe bedacht werden können. Wir hoffen, mit unserem Preisausschreiben vielen eine schöne Weihnachtsfreude bereitet zu haben. Wir danken allen Teilnehmern für ihr Interesse und hoffen, daß das schöne Verhältnis zwischen uns und unseren Lesern, wie es immer bestanden hat, auch für die Zukunft erhalten bleiben möge.

Treue um Treue!

Bocholter Volksblatt.

* * *



St. Nikolaus.

Bekümmert ist neulich St. Nikolaus
Von seiner Reise zurückgekommen
Und schwört: Mit meinem Amte ist's aus,
Zu Gräßliches hab ich vernommen!
Die Jugend schwimmt im Kanal umher,
Port, autelt, hört Rundfunk — was Wunder,
Daß Puppen, Soldaten, Teddy, Gewehr
Nur mehr gilt als alter Plunder!
Ob Alt — ob Jung, die Losung heißt Sport,
Ein jeder treibts schon gewerblich —
Und um irgend 'nen winzig kleinen Rekord
Wird heut ein jeder unsterblich.
Na, macht was Ihr wollt! Ich wünsch Euch viel Glück!
Ich bin zu alt zum „trainieren" —
Das beste ist schon, ich zieh mich zurück
Und lasse mich pensionieren.

Lösung der zweiten Aufgabe:

Nero, Obelisk, Eugenie, Reptil, Garant, Elias, Netto, Seismograf, Berta, Amandus, Elefant, Tatra, Elisäus, Räderdieb, Aino, Steher, Irak, Niete, Borken.

Die Anfangs- und Endbuchstaben, von oben nach unten gelesen, ergeben folgende Sprüche auf Bocholter Platt:

1. Noeroens baeter as in Bokelt.
2. So fast as Borken.

Lösung der dritten Aufgabe:

Bogenlampe, Echo, Gewaltiat, Templer, Voltaire, Volkslied, Mosbach, Islam, Abendblatt.

Die entnommenen Buchstaben ergeben:

Bocholter Volksblatt.

*

Die Gewinner:

3 Gutscheine à 20,— Mk.

Anton Büdding, Weidenstraße 38
Lamers, Gustav-Becker-Straße
Frau Sladeczeck-Isselstein, Rhede, Markt 18

5 Gutscheine à 10,— Mk.

Wilhelm Tünte, Römerstraße 8
Ludwig Beusker, Freiheitstraße 9
Heinr. Arping, Dingden
Konrad Pontenagel, Friedenstraße 18
Josef Rehling, Hagestraße 32

20 Gutscheine à 5,— Mk.

Josef Wenning, Altrhede; W. von Sondern, Biemenhorst 103; Hedw. Hagedorn, Hemdener Str. 93; Heinr. Nelskamp, Dingden-Berg 50; H. A. Jansen, Sudermick; Pesch, Lothringerstr. 5; Karl Hülskamp (?); Heinr. Mümken, Wernerstraße 27; Lehrer Gronotte, Spork; Damschen (?); Kath. Benning, Siekenhof 8; Johann Rensing, Schoneberg 14; Heinr. Kempen, Anholt, Markt; Josefa Düttling, Sachsenstraße 31; Alons Kappenhagen, Brückerstr. 2; H. Hakvoort, Isselburg, Feldmark 198 b; Joh. Herzog, Königstr. 10; Georg Hülnk, Sachsenstr. 27; Josef Tebroke, Lowick, Werther Chaussee 88; Bernh. Boermann, Dingperloer Straße 202.

20 Gutscheine à 3,— Mk.

Wilh. Lemartz, Sachsenstraße 12a; Schwers, Rebenstraße 6; Bernh Keuten-Schmitz, Mussum 24; Bernh. Lütkenhorst, Leopoldstr. 42; Hubert Geßner, Gustav-Becker-Straße 13; Bernh. Büning, Hohenzollernstraße 36; P. Buddie, Vardingholt 59; Willi Timmermann, Teutonenstr. 6; Frau Laurenz Ehlting, Suderwick 55; Frau Rud. Müllemeisen, Rheinstr. 42; Maria Nakotte, Untere Weidenstr. 12; Johann Nienhaus, Stenern 16; Alois Ensmann, Kurfürstenstr. 10; Maria Meißner, Hagestraße 15; Hans Proß, Sachsenstr. 155; Josef Middelkamp, Rhede, Hohestr.; Heinr. Depasse, Potsdamerstr. 18; Karl Thüß, Karolingerstr. 40; Bernh. Tebrügge, Werderstr. 9; Wilh. Hungerkamp, Vardingholt.

50 Gutscheine à 2,— Mk.

Johann Baumann, Herzebocholt; Gertrud Hüsener, Burggrafenstr. 27; Frau J. Flitsch, Nordstr. 53; Hermann Saul, Stenerner Weg 95; Benning, Ludgerusstr. 7; Lehrer Tekotte, Mussum; Johann Essing, Stenerner Str.; Josef Vagedes, Nordmauer 15; Everhard Niermann, Nordstraße 59; Karl Seggewiß, Grabenstr. 18; Wilh. Istemaas, Anholt, Rosenthal 159a; Frau J. Schmänk, Gustav-Becker-Straße 23; Maria Boll, Ravardistraße 2; Anna Knuf, Heutingsweg 12; Hans Tefert, Rhede; Josef Wienholt, Magstraße 25; Böing, Jägerstraße; E. Wewering, Vardingholt; Ernst Lück, Schwartzstr. 26; Christine Deing, Göthestraße; Mieze Krebber, Schwartzstr. 20; Klara Arens, Nordstr. 11; Wilh Hengstermann, Rhede, Markt 1; Frau M. Przybilla, Schützenstr. 64; Theodor Wilms, Kurfürstenstraße; Elisabeth Thür, Hohenzollernstr. 35; Josefa Elsebrock, Schützenstr. 5; Bernh. Böing, Isselburg, Minervastraße 59; Fritz Engels, Gustav-Becker-Straße 15; Joh. Kleinhaltpaß, Rheinstraße 58; Aug. Drucks, Nordstraße 56; Walter Gofferie, Anholt, Breels 67; Frau Josef Wiesrecker, Dietrichstr.; Witwe Kuhlmann, Dingdener Str. 95, Franz Bergkemper, Ringenberg; Paul Tebroke, Rengerstraße 7; Charlotte Wahnschaffe, Ritterstraße 6; Juchen Ingenschay, Casinowall; Witwe Bernh. Fisser, Sachsenstraße 67a; Frau Th. Herbst, Gasthausplatz; Frau Anna Hesselbein, Ravardistraße; H. Dunkerbeck, Werth; Schulze-Wehnink, Barlo; Johann Tenbrink, Stenerner Str. 67; Aug. Niehues, Schwabenstr. 39; Gathmann, Realschulstraße 17; H. Zimmermann, Anholt; Franz Wiethold, Ravardistraße 29; Paul Gehrke, Moltkestraße 29; Bernh. Matschke, Kaiser-Friedrich-Straße 14.

28 Prämien.

Erf. Hohenzollernstraße 29; Frieda Beckmann; Zollinspektor Westerath, Schwartzstr. 16; Karl Pfifflius (bitte melden!); Dr. Max Rump; G. Langela, Rebenstraße 5; Kl. Kolks, Langenbergstr. 11; M. Marchant, Ringenberg; Gottfr. Kruchen jr.; W. Duesing, Schwanenstr. 80; Bernh. Heming, Hansastr. 28; Hermann Hansen, Loikum; Frz. Niehues, Feldstr. 17; Hermann Lülkenhorst, Realschulstr.; Thea Heinrichs, Rhede; Klärchen Zumfelde, Deutsche Bank; Josef Imvina, Altrhede; Heinr. Lokamp-Schmitz, Lankern; Bernh. Rensing jun., Ritterstr.; Karl Schoben, Bismarckstraße 21; Anton Hüls, Holtwick; Franz Biermann, Kirchstraße; Jul. C. Schmitz, Dingden; Peter Klaßen, Gasstr.; Maria Lohner, Rebenstr. 34; Franz Gießing, Prinzenstraße 3a; Karl Bröcking, Grabenstraße 21; Otto Grube, Dingperloer Straße 204.

100 Trostpreise.

Gerh. Wiezorek, Anholt; K. Hasfeld, Millenberg am Main; Thesing, Sachsenstr. 34; Bernh. Bußhoff, Dingdener Straße 13; Bernh. Meckelholt, Feldstraße 22; Hermann Demmer, Am Esing 35; Frau Thea Reuß, Neustraße 5; Erna Woldmann, Berlin-Schlachtensee, Kurhaus Hubertus, Körnerstr. 11; Joh. Böing, Hermannstr. 20; Alfons Sistig, Hamburg, Hochallee 79; Jos. Jumbeck, Hinter der Flora 2; Heinr. Huitink, Karolingerstraße 11; Fam. Herm. Venderbosch, Kurfürstenstraße 63; Frau E. Hams, Rhede, Deichstraße 23; Gerh. Hackfort, Isselburg; Hildegard Querbach, Karolingerstr. 15; Adolf Benders, Marienstr. 36; Isselmann, Ludgerusstraße 12; Gr. Braun, Ravardistraße 11; Wilh. Steenkamp, Augustastr. 26 b; Franz Völkink, Rhede, Markt; Klara Goldkuhle, Rhede, Wehrstr. 10; Joh. Nales, Calcar 256; W. Benning, Niederbruchstraße 7; Wilhelm Dachmann, Dingdener Straße 27; Fräulein Klara Kolks, Langenbergstr. 11; Oswald Lueb, Spork; Josef Wewers, Bleiche 14; Marga Teumsen, Neustr. 17; Bernh. Lehmkamp, Rhede, Kirchstr. 5; Heinrich Ebbers, Stenerner Straße 17; Josef Hörbelt, Speerstr. 8; Kath. Niers, Kurfürstenstraße 122; Frau Dr. Herdemann, Bismarckstr. 9; Frau Terwiel, Louisenstr. 17; Elisabeth Kellner, Südmauer 22; Hermann Schuchardt, Askanenstr. 2; Kaplan Echelmeyer, Münsterstr. 23; Frau Vavell, Blücherstr. 13; Maria Bruns, Nordstraße 24; Inderfurth, Franzstraße 43; Josef Lensing, Wittekindstr. 14; B. Hamschmidt, Am Bahnhof 20; Hedwig Mühlfelder, Osterstr. 33; Fincken van den Berg, Viktoriastraße 15; Leopold Rickert, Hochfeld 65; Bernh. Dahlhaus, Holtwick 40; Th. Kroesen, Mussum (Wasserwerk); Josef Schmeink, Mussum (bei der alten Schule); W. van Aalten, Wesemannstr.; Robert Büllning, Viktoriastr. 27; Wilh. Kampshoff, Königstr. 11; Ottilie Böggering, Lowick 105; Hermann Telaar, Wesselstraße 3; Anton Knipping, Prinz-Heinrich-Str. 10; Johann Unland, Schleusenwall 5; Anton Langert, Kurfürstenstraße 79; Maria Rappers, Niederbruchstr. 11; Wessemann, Dingperloer Straße 195; Heinz Storm, Kurfürstenstraße 69; Albertine Nezing, Ravardistraße 17; Bernhard Angenent, Urbachshäuser 64; Bernhard Holtschlag, Urbachshäuser 23; Klara Bollwerk, Münsterstr. 83; Oskar Schirmer, Dingperloer Chaussee 145; Bernh. Frenke, Karolingerstr. 25 b; Burgund, Kreuzstr. 18; J. Rickert, Königsmühlenweg 18; Elisabeth Misselkamp Horststraße 17; Edith Schulte-Terboven, Anholt; Elisabeth Knuffmann, Ostmauer 16; Leo Unland, Warendorf (Schützenhof); Witwe Joh. Kovmann, Stenern 86; Frau Anna Giesing, Ludgerusstr. 10; Joh. Uefling, Mussumer Kirchweg 120; Jos. Oppen-Rhein, Schüttenstein (Post Werth); Käthe Heisterkamp, Holtwick, Dingperloer Chaussee 27; Aenne Kuppebluth, Jägerstr. 46; Math. Dams, Langenbergstr. 26; Johann Sackers, Bücherstraße 47; B. Lensing, Postamt; Alois Illing, Rhede; Joh. Betting, Liedern 27; G. Lemmen, Anholt, Mühlenweg; Frau K. Steverding, Langerbergstr. 16; Witwe Anton Nakotte, Urbachshäuser 48; Frau Mertens, Wesemannstraße; Johann Hanenberg, Prinz-Heinrich-Straße; Holle, Ostmauer 64; Malbom, Wernerstr. 6; Tenbensel, Urbachshäuser 62; Hilde Meyermann, Gellerstr. 28; Wilh. Baus, Wesselstraße 6; Hermann Uessing, Gasthausstr. 37; Karl Dankert, Sallerstr. 9; Studienrat Sommer, Gellerstraße 16; Fräulein Emma bei Kaplan Rekers, Kirchstraße; Anton Scheer, Mittelstr. 2; Heinrich Köller, Brockendorferstraße 18 b; Frau Heinrich Tenbrink, Rhede, Bergstr. 6; Ellering, Neustraße; Franziska Pollmann, Isselburg.

* * *

Die Gewinne können ab Samstag in unserer Geschäftsstelle: Realschulstraße 14 abgeholt werden.

Den Gewinnern ist durch die Post eine Gewinn-Anzeige zugestellt worden, die als Ausweis dient und beim Abholen des Gewinnes vorgezeigt werden muß.

Prämien und Trostpreise werden den auswärtigen Gewinnern ab Montag, wenn bis dahin nicht abgeholt, zugeschickt. Die Gutscheine werden zweckmäßig möglichst bald abgeholt.